Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

05.03.1987 - Drucksache 11/880

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/880
05. 03. 87

Antrag der Fraktion der CDU

Gewalt gegen Frauen

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1.1 Die Fälle von Gewaltkriminalität haben im Lande Bremen auch im Jahre 1986 in erschreckendem Umfang zugenommen. Das gilt insbesondere für Vergewaltigungen. Zudem muß mit einer sehr hohen Dunkelziffer gerechnet werden.

1.2 Die Aufklärungsquote bei der Gewaltkriminalität ist im Jahre 1986 wieder abgesunken. Nur noch zwei Drittel aller Gewalttaten werden aufgeklärt. Bei den Vergewaltigungen sank die Aufklärungsquote um 11,3 Prozent auf unter 60 Prozent.

1.3 Um der Gewalt gegen Frauen zu begegnen, müssen alle gesellschaftlichen Kräfte nach Lösungen suchen. Dabei haben Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt die gleiche Bedeutung wie die Hilfen, die den Opfern von Gewalt angeboten werden. Die Verabschiedung des Opferschutzgesetzes, das gerade die Stellung vergewaltigter Frauen im Strafverfahren verbessert, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

1.4 Das Bewußtmachen des Unrechtes und die Ächtung der Gewalt müssen alle Maßnahmen begleiten.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat zur Durchführung folgender Maßnahmen auf:

2.1 Koordination der Maßnahmen von Polizei, Justiz, Bildungs-, Jugend- und Sozialbehörden zur Gewaltverhinderung und -minderung;

2.2 kontinuierliche Schulung der Polizeibeamten, Richter, Staatsanwälte, Ärzte und der Bediensteten aller anderen Behörden und Organisationen, die von Frauen aufgesucht werden, die von Gewalt betroffen sind;

2.3 Überarbeitung der Lehrpläne aller geeigneter Fächer mit dem Ziel, schon in der Schule das Problem der Gewalt gegen Frauen im sexuellen Bereich bewußt zu machen und zum richtigen Konfliktverhalten zu erziehen;

2.4 Teilnahme Bremens am Programm des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit zur Einrichtung einer Selbsthilfegruppe von männlichen Sexualstraftätern und Einleitung entsprechender Öffentlichkeitsmaßnahmen;

2.5 Einrichtung von Therapiegruppen für Sexualstraftäter in den bremischen Justizvollzugsanstalten;

2.6 Sicherstellung der öffentlichen Finanzierung des Beratungsdienstes des Bremer Frauenhauses, des Frauentherapiezentrums und der Notruftelefone.

Roswitha Erlenwein, Neumann und Fraktion der CDU

Druck: Anker-Druck Bremen